



Antrag

der Abgeordneten **Christiane Feichtmeier, Holger Griebßhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Fortbildungs- und Tagungszentrum der Bayerischen Polizei in Freyung: die Region wartet auf den großen Wurf

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag bis Ende 2025 schriftlich über die Entwicklung des Fortbildungs- und Tagungszentrums der Bayerischen Polizei in Freyung (FTZ) zu berichten, diese massiv voranzutreiben und die Mittel in Höhe von 3,5 Mio. Euro für den Umbau in den nächsten Entwurf des Haushaltsplans einzustellen.

Begründung:

In einer Resolution hat der Freyunger Stadtrat im September die Staatsregierung aufgefordert, die notwendigen 3,5 Mio. Euro für den Umbau des FTZ in den nächsten Entwurf des Haushaltsplans einzuplanen. Nur so könnten in dem Gebäude Mehrtages- und Wochenausbildungen stattfinden (Passauer Neue Presse (PNP) vom 20.9.2025).

Die Staatsregierung hat große Versprechungen mit der Eröffnung des FTZ verbunden. Es sollte eine Maßnahme für den ländlichen Raum sein, insbesondere auch, weil das Verwaltungsgericht für Niederbayern nach einem Koalitionsstreit letztlich in Plattling angesiedelt werden soll. Bis zu 4 000 Teilnehmer sollten dort jährlich geschult werden; tatsächlich finden im Durchschnitt gerade einmal sieben eintägige Veranstaltungen im Monat statt. Die PNP kommentierte dementsprechend am 20.9.2025 zu Recht: „Die Region wartet weiter auf den großen Wurf“. Der Landtag benötigt daher erneut dringend einen Bericht der Staatsregierung über den Stand der Entwicklung, fordert aber gleichzeitig aufgrund des Hilferufs aus Freyung sofortige Beschleunigungsmaßnahmen.

Zur Umsetzung der derzeit notwendigen Baumaßnahmen und infolge der angespannten Haushaltslage wurde ein Stufenplan entwickelt. Dieser sieht in der nächsten Stufe vor, ca. 50 Unterkunftszimmer und die Küche zu renovieren bzw. in Betrieb zu nehmen. Zunächst müssen aber Kompensationsmaßnahmen im Bereich Brandschutz getätigt werden. Für diese Maßnahmen werden ca. 3,5 Mio. Euro benötigt. Diese sollen in den Entwurf des Haushaltsplans 2026 eingestellt werden.